

Tabak-Arbeiter

Nr. 14 / Bremen, den 4. April 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis monatlich 40 Pf ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Pf für die viergespaltene Millimeterzeile. Schluß der Redaktion und der Anzeigenannahme Montag. Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Veranwortlich für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Hufung. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfebt & Co. Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20. Telefon: Amt Domscheide 20780. Geld- und Einlieferungsstellen an Johannes Krohn, Postfach 5340 beim Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandlungsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufung, Bremen, An der Weide 20. Verbandsauschussvorsitzender: L. Schöne, Hamburg, Belsenbinderhof 57, Zimmer Nr. 24.

Die Sonderunterstützung vor dem Reichstag

Was soll man eigentlich dazu sagen, daß sowohl beim Tabaksteuergesetz vom 10. August 1925, wie auch jetzt wieder erst der Reichstag in Bewegung gesetzt werden mußte, um den berechtigten Ansprüchen der arbeitslosen und verkürzt arbeitenden Tabakarbeiter auf Sonderunterstützung überall Geltung zu verschaffen? Daß Befeheskenntnis und soziales Empfinden bei einer Reihe von Arbeits- und Finanzämtern besonders stark ausgeprägt wären, läßt sich daraus mit dem besten Willen nicht schließen. Manchmal hat es sogar den Anschein, als wenn es Beamte gäbe, deren einzige Tätigkeit und Fähigkeit darin besteht, auszufüteln, wie man den durch das Tabaksteuergesetz geschädigten Arbeiterinnen und Arbeitern ihren Unterstützungsanspruch streitig machen oder beschneiden kann.

Um was es sich diesmal in der Hauptsache handelt, geht aus dem Schreiben hervor, das der Reichsminister der Finanzen den Tabakarbeiterverbänden auf ihre Beschwerden unterm 19 März d. J. zugestellt hat. Schon in der Märznummer der „Vertrauensperson“ brachten wir bei der Veröffentlichung der Antwort des Reichsministers der Finanzen zum Ausdruck, daß sie uns durchaus nicht befriedigen könne, weil sie verschiedene Forderungen der durch das Tabaksteuergesetz geschädigten Arbeiterinnen und Arbeiter unberücksichtigt lasse. Gleichzeitig ließen wir aber auch keinen Zweifel darüber, daß der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes alle nach Lage der Verhältnisse erfolgversprechenden Mittel in Anwendung bringen würde, um den Bestrebungen entgegenzuwirken, die darauf hinauslaufen, den Willen des Befehesgebers umzubiegen.

Dementsprechend ist dann auch gehandelt worden. Ein Vertreter des Verbandsvorstandes begab sich nach Berlin und verhandelte dort nicht nur mit den maßgebenden Regierungsstellen, sondern auch mit Angehörigen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, bei denen er sofort ein williges Ohr für sein Anliegen fand. Der sozialdemokratische Vertreter für Westfalen-Nord, Genosse Finke aus Herford, hat sich dann auch für die Wünsche und Forderungen der durch das Tabaksteuergesetz geschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen eingesetzt und erreicht, daß dem Plenum des Reichstages auf einstimmigen Beschluß des Steuerausschusses eine Entschlieung unterbreitet wurde, worin die Reichsregierung ersucht wird, „die bei der Durchführung der im Kapitel 3 (Tabaksteuer) der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 für das Tabakgewerbe im weiteren Sinne vorgesehenen Entschädigungen sich ergebenden Härten zu prüfen und auszugleichen“. Einen Antrag der Staatspartei, die Reichsregierung zu ersuchen, „die im Kapitel 3 (Tabaksteuer) der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 für das Tabakgewerbe vorgesehenen Entschädigungen sinngemäß auf den Handel, die Handelsvertreter, Reisenden, Angestellten und Arbeiter auszudehnen“, empfahl der Steuerausschuß, abzulehnen.

Im Plenum des Reichstages wurde dann am 26. März, in der letzten Sitzung vor der Vertagung, entsprechend den Anträgen des Steuerausschusses beschlossen, wobei Genosse Finke für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Erklärung abgab, die u. a. folgende Bemerkungen enthielt:

Als Redner meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir der Entschlieung des Ausschusses darum unsere Zustimmung geben werden, weil wir bestimmte Gründe haben, anzunehmen, daß Härten, die sich ergeben haben in der Frage der Unterstützung der durch die Notverordnung für das Tabakgewerbe arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter, nunmehr ausgeglichen werden. Härten schleichen sich in schwierigen Unterstützungs-

fragen leicht ein. Um so mehr ist es notwendig, daß gerade in diesen Sonderfällen, die für das Tabakgewerbe nun einmal zutreffen, der einfache und absolut klare Text der Verordnung über Entschädigung und Unterstützung im Tabakgewerbe vom 18. Dezember 1930 zugrunde gelegt wird. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir. Ich verweise deshalb auf diese ganz klaren Bestimmungen der Verordnung vom 18. Dezember 1930, weil es hier und dort in den Landesarbeitsämtern Präsidenten gibt, die päpstlicher sein wollen als der Papst, und sich krampfhaft bemühen, Bestimmungen in die Verordnung hineinzuarbeiten, die unter gar keinen Umständen hineingehören . . .

Wir haben diesen Worten unseres Genossen Finke nichts hinzuzufügen und möchten nur wünschen, daß sie in Verbindung mit der vom Reichstag angenommenen Entschlieung überall gehört und beachtet werden, damit endlich auch die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, deren Anspruch auf Sonderunterstützung bisher aus nichtigen Gründen abgelehnt wurde, zu ihrem Rechte kommen.

In der Märznummer der „Vertrauensperson“ bemerkten wir u. a., daß die Nichtkommentierung des Begriffs „wer berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer im Tabakgewerbe tätig zu sein pflegt“ im Schreiben des Reichsministers der Finanzen vom 19. März d. J. kaum dazu angetan sei, der Willkür einzelner Arbeitsämter Einhalt zu gebieten. Nunmehr ist die Lücke ausgefüllt worden. Unterm 24. März hat der Reichsarbeitsminister an den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgendes Schreiben gerichtet:

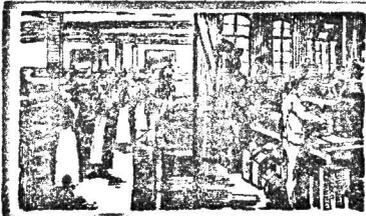
Nach §§ 6—8 der Verordnung über Entschädigung und Unterstützung im Tabakgewerbe vom 18. Dezember 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 630) ist die Unterstützung nur solchen Personen zu zahlen, die „berufsmäßig überwiegend als Arbeitnehmer im Tabakgewerbe tätig zu sein pflegen“. Die Vorschrift bezweckt, von der Unterstützung die dem Tabakgewerbe berufs fremden Arbeitnehmer auszuschließen, die lediglich vorübergehend, etwa in Ermangelung von Arbeitsgelegenheiten in ihrem eigentlichen Berufe, eine Beschäftigung im Tabakgewerbe ausgeübt haben.

Die Praxis scheint diesem Zweck der Bestimmung nicht in allen Fällen gerecht zu werden.

Die Feststellung, ob ein Arbeitnehmer berufsmäßig überwiegend im Tabakgewerbe tätig zu sein pflegt, wird im Einzelfall unter billiger Berücksichtigung des jeweiligen gesamten Berufsschicksals getroffen werden müssen. Die Verordnung schließt für diese Feststellung eine Berücksichtigung auch weiter zurückliegender Beschäftigungen nicht aus. Es ist insbesondere nicht etwa aus dem § 9 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zu entnehmen, daß für die Frage der überwiegenden Beschäftigung im Tabakgewerbe nur die Beschäftigung des Arbeitnehmers während der letzten 12 Monate zugrunde zu legen sei. Daher wird ehemaligen langjährigen Angehörigen des Tabakgewerbes, die wenigstens 3 Monate lang in den letzten 12 Monaten im Tabakgewerbe beschäftigt waren, die Unterstützung nicht allein deshalb verjagt werden können, weil sie durch die Verhältnisse des Arbeitsmarktes genötigt waren, vor ihrer letzten Beschäftigung im Tabakgewerbe längere Zeit außerhalb dieses Gewerbes tätig zu sein.

Es wird jedoch andererseits nicht stets nur nach der Dauer der Tätigkeit im Tabakgewerbe zu beurteilen sein; auch bei kürzerer Beschäftigung ist m. E. ein Arbeitnehmer dann berufsmäßig überwiegend im Tabakgewerbe tätig, wenn ein offensichtlich endgültiger Berufswechsel vorliegt, z. B. die Möglichkeit einer Beschäftigung in dem früheren Beruf nach den örtlichen Verhältnissen nicht mehr gegeben ist.

Ohne der Entscheidung der Spruchinstanzen vorgreifen zu wollen, erlaube ich, den Arbeitsämtern von meiner Auffassung Kenntnis zu geben. Der Herr Reichsminister der Finanzen teilt meinen Standpunkt.



Zigarrenbranche



Schlichtungsverhandlungen am 9. April

Die vorige Nummer des „Tabak-Arbeiter“ sollte schon gedruckt werden, als uns die Mitteilung erreichte, daß die auf den 26. März festgesetzte Schlichtungsverhandlung zur Beilegung des Lohnstreites in der Zigarrenherstellung vertagt worden sei. Herr Dr. Ing. Stenzel, der vom Reichsarbeitsminister bestellte Schlichter, war nämlich auch noch für eine andere Schlichtungsverhandlung (Baugewerbe), die ungefähr zur gleichen Zeit stattfinden sollte, als Unparteiischer bestimmt worden. Einen neuen Termin für die Schlichtungsverhandlungen konnten wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ noch nicht mitteilen. Nunmehr sollen die Schlichtungsverhandlungen am 9. April, vormittags 10 Uhr, im Hamburger Gewerbehaus beginnen. Wir werden also erst in der übernächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ in der Lage sein, über den Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen berichten zu können.

Da das Lohnabkommen vom Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller (R. d. Z.) zum 31. März aufgekündigt worden ist und die Schlichtungsverhandlungen erst am 9. April beginnen, bestehen für die Zwischenzeit in der Zigarrenherstellung formell keine Tariflöhne. Um jedoch ein Durcheinander zu vermeiden, ist es notwendig, überall darauf zu achten, daß bis zur Beendigung des Schlichtungsverfahrens an den bisher geltenden Tariflöhnen nichts geändert wird. Etwaigen Versuchen einzelner Zigarrenfabrikanten, die Löhne abzubauen, muß mit aller Entschiedenheit unter sofortiger Benachrichtigung der zuständigen Gewerkschaft entgegengetreten werden. Auf der anderen Seite geht es dann natürlich auch nicht an, irgendwo Lohnforderungen zu stellen. Die Kollegenschaft muß nun zeigen, daß sie überall Disziplin zu wahren weiß und nicht gewillt ist, durch unüberlegte Handlungen die Position der Zigarrenfabrikanten zu stärken.

Entscheidungen des Reichsschiedsgerichts für die Zigarrenherstellung

In der 47. Sitzung des Reichsschiedsgerichts für die Zigarrenherstellung, die am 5. und 6. März in Hamburg stattfand, standen neben Fälligkeitstreitigkeiten auch Fragen zur Entscheidung, die eine grundsätzliche Bedeutung haben. So handelte es sich beim Antrag Nr. 472 um die

Zahlung des Minderverdienstes beim Umsetzen der *Wickelmacher* von Zigarren- auf Zigarillowickel

Die dazu getroffene Entscheidung lautet:

Der generelle Anspruch auf Erstattung des Minderverdienstes wird abgewiesen. Einen Anspruch auf Ersatz des Minderverdienstes haben nur die Arbeitnehmer bei der Fa. Lange, die erstmalig auf Zigarillowickel umgestellt worden sind.

Begründung: Die von der Klagepartei herangezogene Tarifbestimmung auf Seite 9 unter Ziffer 2 des Reichstarifes kann nur bei der erstmaligen Umkehrung in Anwendung kommen, nicht aber bei einer regelmäßig wiederkehrenden Umkehrung. Das Reichsschiedsgericht ist jedoch der Meinung, daß die im Betrieb der Fa. Lange durchgeführte Regelung der Umkehrung auf Zigarillowickel nicht zweckmäßig erscheint und sollte die Firma, um die Arbeitnehmer vor Minderverdiensten zu bewahren, eine andere Regelung durchführen.

Auf Grund des Antrages Nr. 473 mußte sich das Reichsschiedsgericht mit der

Berechnung des Lohnes für Beringen

beschäftigen. Das Ergebnis war die nachstehende Entscheidung:

Der Anspruch auf Rückzahlung des 15prozentigen Abschlags für Beringen an den Arbeitnehmer Dietrich bei der Firma Alb. Dathmann-Bernjalm & Schmidt, Leipzig, für die Zeit vom 10. Oktober bis 20. November 1930 wird abgewiesen.

Begründung: Nachdem Dietrich seit 5. September 1930 ausschließlich mit Beringen beschäftigt gemeldet ist und den höheren tariflichen Peringerlohn noch für 5 Wochen erhalten hatte, muß der Firma das Recht zuerkannt werden, für die Zeit, wo er weiter nur mit Beringen beschäftigt war, den Lohn für Spezialberinger in Anwendung zu bringen.

Dem R. d. Z. ins Stammbuch

12 bis 48 v. H Lohnabzug will der R. d. Z. den Arbeiterinnen und Arbeitern der Zigarrenindustrie, welche schon ohnehin ein kümmerliches Dasein fristen, zumuten. Dieser Arbeiterschaft, welche zu den schlechtestbezahltesten gehört, und durch intensive Arbeit schon jahrzehntelang mehrere tausend Fabrikanten genährt, ungefähr eine Million Existenzen gestützt und für das Reich, also für die Allgemeinheit bisher jährlich fast eine Milliarde Mark an Zöllen und Steuern herausgearbeitet hat.

Bekannt ist wohl, daß unsere Arbeit eine der ungesundesten ist, stirbt doch ein großer Teil unserer Kollegenschaft an der Schwindelucht. Andere gehen an Krankheiten zugrunde, die als unmittelbare Folge der schädigenden Einwirkung der Tabakverarbeitung anzusehen sind. Die Unterernährung infolge der erbärmlichen Löhne trägt ihr gut Teil dazu bei. Nicht umsonst wird den Tabakarbeitern vom Gesundheitsamt eine kalorienreiche Nahrung empfohlen. Aus hygienischen Gründen und im Interesse der Volkswirtschaft ist ein Lohnabzug deshalb durchaus nicht gerecht.

Daß ein Lohnabbau auch nicht ethisch ist, werde ich im nachstehenden beweisen. Die meisten Fabrikanten und auch die Vertreter des R. d. Z. werden sich wohl noch nicht den Kopf darüber zerbrochen haben, wie es möglich ist, daß ihre Arbeiter mit dem geringen Lohn auskommen können. Ich glaube aber, man will darüber erst gar nicht nachdenken, um sich nicht in seelische Depressionen zu verirren. Es ist erspriechlicher, eine Bilanz über noch mehr vorenthaltenen Löhnen aufzumachen und festzustellen, was man dafür alles Schöne und Angenehme haben kann. Ob es dem Zigarrenarbeiter dann noch schlechter geht, wird nicht erst erwogen.

Ich möchte Ihnen empfehlen, sich mal die Wohnungen Ihrer Arbeiter, insbesondere der Heimarbeiter in den entlegenen Dörfern anzusehen, und dann das Leben dieser geplagten Menschen messen an Ihrem Leben. Sie müßten sich dann an die Brust schlagen und sagen, wie jener Mann, denn es ist wahrlich viel gesünder und verbrossen worden an der Zigarrenarbeiterschaft. Am Auto hat man ein bestimmtes Interesse, damit es recht lange gebrauchsfähig ist. Sollte man dem Arbeiter als Mensch und Krone der Schöpfung nicht eine noch größere Sorgfalt widmen? Aber auch, was Sie Kultur nennen, ist ja meistens nur Zivilisation, oder sagen wir besser: moderner Luxus. Eine wahre Kultur läßt diesen trassen Unterschied und dieses Elend nicht zu.

In uns aber ist eine Glut, welche einmal zur hellen Flamme emporlodern wird und in ihrem Feuer werden wir ein System hämmern und schmieden, unter dem sich die Dichterworte erfüllen sollen: „Alle Menschen gleich geboren, sind ein adelig Geschlecht.“ Knöpfen Sie Ihre Taschen nicht gar zu sehr zu, denn im letzten Noth werden auch Sie keine Taschen mehr haben und werden auch am Grabestrande stehend dem ärmsten Bettler gleich sein.

Nun genug von der Ethik. Ich will auch noch auf rein ökonomische Tatsachen zu sprechen kommen. Man kann vielfach die Wahrnehmung machen, daß Zigarrenfabrikanten und Verkäufer von Rauchwaren gar nicht so sehr darüber erbaut sind, wenn in anderen Industriezweigen die Löhne reduziert werden. Wissen sie doch, daß bei verringertem Einkommen der Geschäftsgang ein schlechterer ist. Aber auch alle anderen Geschäfte spüren die Lohnreduzierung durch Umlaufverringering. Wo die Zigarrenindustrie vorherrschend ist, dürften deshalb andere Industriezweige oder Geschäfte kein Interesse an einer Lohnsenkung der Zigarrenarbeiter haben. Es greift also hier eins ins andere. Die Worte „man soll leben und leben lassen“ könnten ja wahrste Bedeutung erhalten. Aber Theorie und Praxis.

Zu erwähnen hätte ich dann noch, daß der R. d. Z. als wirtschaftliche Organisation nicht den Hauptzweck darin sehen sollte, durch Herabdrücken der Löhne das Lebensniveau der Zigarrenarbeiter zu senken. Es gibt doch noch andere wirtschaftliche Fragen, maßgebend für unsere Industrie, die bei einer so geschlossenen Bilanz betreffs Lohnabbau, auf andere Punkte erstreckt, sich ganz günstig auswirken könnten. Wenn? Aber! Ich will hier nicht indiskret werden, aber ich glaube, daß ich verstanden werde.

Kombinieren Sie nun meine für Sie bestimmten Worte und ziehen Sie daraus einen Schluß, der bei unseren Schiedsgerichtsverhandlungen einen unsinnigen Lohndruck durch Vernunft ablöst. Uns soll die Wohltat eines höheren Lohnes keine Plage sein.

W. Mielke (Neusalz)

Was wollen die Rauch- und Schnupftabakfabrikanten?

Nachdem der Deutsche Rauchtobakverband und der Deutsche Schnupftobakverband das bestehende Lohnabkommen zum 30. April d. J. aufgekündigt hatten, richtete der Vorstand unseres Verbandes an die beiden Unternehmerorganisationen das Ersuchen, ihm ihre Abänderungsanträge möglichst bald mitzutellen. Zweck dieses Ersuchens war, den zuständigen Beiratsmitgliedern Gelegenheit zu geben, sich mit den Abänderungsanträgen beschäftigen und Gegenvorschläge unterbreiten zu können. Die daraufhin eingegangene Antwort hat folgenden Wortlaut:

Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes vom 19. 3. 31 und können Ihnen heute hinsichtlich unserer Abänderungsanträge zur Lohnvereinbarung nur das eine mitteilen, daß wir es für notwendig halten, unsere Reichslohnmindestlöhne entsprechend den jetzt wirtschaftlichen Verhältnissen herabzusetzen. Ueber das Ausmaß der Lohnminderung muß erst noch innerhalb unserer Verbände ein Beschluß herbeigeführt werden, so daß erst zu Beginn der in Aussicht zu nehmenden Verhandlungen Ihnen die von uns vorgeschlagene Lohnherabsetzung ziffernmäßig mitgeteilt werden kann.

Eigentlich sollte man annehmen, daß Unternehmerorganisationen, die ein Lohnabkommen aufkündigen, auch wissen, was sie an dessen Stelle setzen wollen. Aber die Rauchtobak- und Schnupftobakfabrikanten wissen nur, daß sie die Löhne herabsetzen wollen. Anscheinend haben sie von den Zigarrenfabrikanten gelernt, die auch erst im allerletzten Augenblick mit ihren Lohnabbauanträgen herauskamen. Die Gründe für ein derartiges Verhalten sind so durchsichtig, daß wir nicht nötig haben, noch einmal näher darauf einzugehen. Aber das glauben wir sagen zu können: Auch die Arbeiterinnen und Arbeiter des Rauchtobak- und Schnupftobakgewerbes werden sich nicht über-rumpeln lassen, sondern das tun, was nach Lage der Verhältnisse erforderlich ist, nämlich die noch unorganisierten Kolleginnen und Kollegen über die Absichten der Unternehmer aufklären und sie zum Anschluß an den Deutschen Tabakarbeiter-Verband bewegen.

Freigewerkschaftliche Erfolge

Bei den diesjährigen Betriebsrätemahlen in Baden-Baden und Trier hat sich wiederum gezeigt, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarettenindustrie in ihrer übergroßen Mehrheit freigewerkschaftlich eingestellt sind. Bei der Firma Reemtsma in Baden-Baden, wo 8 Betriebsratsmitglieder und ein Ergänzungsmitglied zu wählen waren, wurden von 506 stimmberechtigten Betriebsangehörigen 475 gültige Stimmen abgegeben, von denen 449 auf die Liste der freien Gewerkschaften und 26 auf die Liste der Christen fielen. Damit haben die Christen ihr letztes Mandat im Betriebsrat verloren.

Im Betriebe der Firma Haus Neuerburg in Trier wurden bei einer sehr starken Wahlbeteiligung für die Liste der freien Gewerkschaften 739 Stimmen abgegeben, während der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands nur 171 Stimmen für seine u. a. mit Nazi- und SA-Leuten gezielte Liste buchen konnte. Die Mandatsverteilung ist demnach wiederum 9 : 2. Unter Zugrundelegung der in diesem Jahre für die beiden Listen abgegebenen Stimmen hat die freigewerkschaftliche Liste auch gegenüber dem Vorjahr ein bedeutendes Plus zu verzeichnen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarettenfabrik Haus Neuerburg in Trier haben also in ihrer übergroßen Mehrheit den Rat befolgt, den der christliche Sekretär Dolle — berühmt durch seine Unkenntnis der Bestimmungen über das Schlichtungsverfahren im Hauptvertrag für die Zigarettenindustrie — ihnen in Nr. 8 der christlichen „Tabakarbeiter-Zeitung“ gegeben hat: Sie haben sich die Kandidaten genau befehen und nur diejenigen gewählt, die ihnen die Gewähr bieten, die Interessen der Tabakarbeiter wirksam zu vertreten.

Arbeitszeitabkommen allgemein verbindlich

Der Reichsarbeitsminister hat den am 29. Januar 1931 abgeschlossenen Zusatzvertrag und die dazugehörigen Uebergangsbestimmungen zum allgemein verbindlichen Reichsmanteltarifvertrag für die Zigarettenindustrie vom 27. August 1930 mit Wirkung vom 1. März 1931 für allgemeinerbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit (die sich nicht auf Zigarettenhilfsfabriken, die keine Zigarettenherstellung betreiben, erstreckt) endet, vorbehaltlich einer früherer Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Jahresbericht 1930 des Gaues Dresden

Das Jahr 1930 war ein schwieriges Jahr; ein Jahr voller Anstrengung und dennoch ein Jahr schöner Fortschritte und Erfolge für die freigewerkschaftlich organisierten Tabakarbeiter. Nicht allein in der Zigarrenindustrie, sondern auch in der Zigarettenindustrie setzte ein Rückgang der Geschäftslage ein, der bis auf die letzten beiden Monate das ganze Jahr hindurch anhielt. Die Zahl der Arbeitslosen stieg, weil zu der schlechten Konjunktur eine weitere Beschleunigung des Rationalisierungsprozesses kam, der besonders in der Zigarettenindustrie bald einen gewissen Höhepunkt erreicht haben wird. Aber auch in der Zigarettenindustrie haben wir durch die Gründung der Zigarren-Maschinenfabrik Krenter Zigarren-Werke in Döbeln eine revolutionäre Umgestaltung der Zigarrenfabrikation zu erwarten.

Die eingetretenen Lohnerhöhungen in der Zigarettenindustrie von 3 v. H. ab 1. April und von 2 v. H. ab 1. Oktober konnten überall durchgeführt werden. Nur bei der Firma Michel & Schmidt in Lobenstein war es durch die vorhandene Uneinigkeit und Mutlosigkeit der hier beschäftigten Arbeiterinnen nicht möglich, die berechtigten Lohnerhöhungen durchzuführen.

Auch die Rechtsschutzfähigkeit war in dem verflossenen Jahre sehr umfangreich. Die mit Erfolg durchgeführten 41 Rechtsankläge betrafen:

3mal für	3 Personen den § 84 des ARG
1mal für	14 Personen Wiedereinstellung bei Betriebseröffnung,
4mal für	17 Personen Zahlung von rückständigem Lohn,
13mal für	362 Personen Zahlung des Tariflohnes,
4mal für	1004 Personen Ferienentschädigungen,
3mal für	26 Personen Bezahlung tariflicher Positionen,
1mal für	1 Person Arbeitsamt wegen Zahlung der Mu.
8mal für	8 Personen Beihilfen durch die Wohlfahrtsvereinschaft,
2mal für	30 Personen Einreihung in höhere Kassonklassen,
1mal für	8 Personen Abwehr von Verschlechterungen,
1mal für	1 Person Durchsetzung eines Rentenanspruches.

41mal für 1474 Personen.

Als Entschädigungen wurden insgesamt 1977,77 M. ausbezahlt. Dabei sind die eingetretenen Erhöhungen der Löhne, die infolge der Zahlung der Tariflöhne, Einhaltung tariflicher Positionen, Einreihung in höhere Kassonklassen usw. erzielt worden sind, nicht mit berücksichtigt worden. Ebenso sind die erledigten Rechtsschutzangelegenheiten der einzelnen Zahlstellen hier nicht mit eingeseht; es handelt sich also nur um Fälle, die von der Gauleitung selbst durchgeführt worden sind.

Neben den umfangreichen Büroarbeiten machten sich 241 Veranstaltungen nötig, denen der Gauleiter beiwohnen mußte, und zwar 82 Versammlungen, 72 Verhandlungen, 47 Sitzungen, 12 Konferenzen, 10 Gerichtstermine, 7 Kassenrevisionen, 6 Hausagitationen und 5 sonstige Veranstaltungen. Außerdem waren im Auftrage der Gauleitung die Kollegen Domeyer (Dresden), Fischer (Frankenberg), Fieder (Schöned) und Reiche (Leipzig) zusammen 16mal tätig.

Am Ende des Jahres 1930 hatten wir 1752 männliche, 12548 weibliche, zusammen 14300 Mitglieder gegenüber 14298 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1929. Demnach konnte der Mitgliederbestand trotz der herrschenden wirtschaftlichen Depression gehalten werden — Die Beitragsleistung läßt allerdings noch viel zu wünschen übrig. Alle Zahlstellenleitungen müssen in Zukunft unbedingt ein größeres Augenmerk darauf richten, daß überall der Verbandsbeitrag dem Verdienste entsprechend nach den festgelegten Sätzen des Statuts gezahlt wird.

Die beiden letzten Monate des Jahres 1930 galten besonders dem Kampfe gegen die Erhöhung der Tabaksteuer. In allen Orten mit einer größeren Mitgliedschaft fanden Protestversammlungen statt, die durchweg sehr gut besucht waren. Wenn es schon nicht gelungen ist, eine Erhöhung der Tabak- und Banderolsteuer zu verhindern, so wurde doch erreicht, daß die ursprünglichen Pläne der Reichsregierung, die bekanntlich eine viel weitgehendere Belastung der Industrie vorzahen, zu Fall kamen und die Tabakarbeiterschaft eine Unterstützung in Höhe von 75 Prozent ihres entgangenen durchschnittlichen Arbeitsverdienstes auf die Dauer von 312 Arbeitstagen zugesprochen erhielt.

Alles in allem genommen muß gesagt werden, daß auch im Jahre 1930 fast Uebermenschliches geleistet worden ist. Wenn die Tätigkeit trotzdem nicht immer die volle Befriedigung der Mitgliedschaft gefunden hat, so sind die Gründe hierfür in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Hätte aber nicht die ganze Macht der Organisation hinter unserer Kollegenschaft gestanden, so wäre die Entlohnung und die rechtliche Stellung innerhalb der Betriebe eine viel traurigere, als dies ohnehin schon der Fall ist.

Hoffen und wünschen wir, daß unsere Kollegenschaft auch im neuen Geschäftsjahre gemeinsam mit der Gauleitung an dem Ausbau und der Erhaltung des erworbenen Rechtes, an der Schaffung menschenwürdiger Zustände in den Betrieben und an der Stärkung unseres Verbandes durch Gewinnung neuer Mitglieder weiterhin mitarbeitet; denn dann werden wir für alles Kommende gerüstet sein!

Gau- und Zahlstellenberichte

Konferenz der Zahlstellen der Pfalz

Am 14. März fand in Neustadt eine Konferenz der Pfälzer Zahlstellen unseres Verbandes statt, wo nur Hördt nicht vertreten war. Gauleiter Kollege Heinrich Schomburg referierte über die in Hamburg stattgefundenen Verhandlungen und den Lohnraub der Zigarrenfabrikanten. In seinen Ausführungen wies er darauf hin, daß wir im Kampfe um die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit unermesslichen Gegnern, den Zigarrenfabrikanten, schon allerhand Erfahrungen gemacht hätten. Die Abbauvorschläge in Hamburg stellen aber das Unerhörteste dar. Redner befahte sich dann eingehend mit den uns in Hamburg gemachten Vorschlägen und bewies an rechnerisch einwandfreiem Material ihre katastrophalen Auswirkungen. An der Aussprache beteiligten sich außer der Kollegin Marie Wolf (Spener) die Kollegen Berg (Kaiserslautern), Kummel (Spener) und Mehrmann (Lachen). Man vertrat die Auffassung, daß zur Anurbelung der Wirtschaft in der deutschen Zigarrenherstellung es wohl zweckmäßig sei, daß die Zigarrenarbeiter umhört arbeiten, für ihre Sonderunterstützung die Tabak kaufen und das fertige, verlandfähige Fabrikat den Zigarrenfabrikanten abliefern. Bei dem Punkt Organisationsfragen wurden die Verhältnisse in den Zahlstellen besprochen und die Gesamtkollegenschaft zur höchsten Aktivität und Mitarbeit verpflichtet. Nachdem der Kollege Schomburg dann noch Aufklärung über Handhabung und Auslegung der Bestimmungen zur Tabaksteuerunterstützung gegeben hatte, wurde die Konferenz mit der Aufforderung des Kollegen Schomburg, alles einzusehen, um unsere Organisation zu stärken, und nicht zu ruhen, bis der letzte Tabakarbeiter im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisiert ist, geschlossen.

Dahme. Am 19. März fand im Städtischen Vereinshaus eine Mitgliederversammlung statt, wo die Ortsverwaltung die Lohnabbauanträge des R. d. Z. bekanntgab. Ueber das Anfechten der Unternehmer brach ein Entrüstungssturm aus. Es wurde gefordert, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Unternehmern den Kampf anzufügen. Einmütig und geschlossen steht die Kollegenschaft durch ihre Organisation auf den Standpunkt, von den schon so niedrigen Löhnen nicht noch einen Pfennig abzubauen. Bereits durch das letzte Tabaksteuergesetz ist die Tabakarbeiterchaft infolge der Umstellung der Fabrikation zum großen Teil geschädigt worden, wodurch der Lohnausfall schon teilweise ein sehr erheblicher ist. Wo bleibt da das soziale Verständnis der Unternehmer? In der Tabakindustrie, wenn sie mit solchen Abbauforderungen kommen. Ob bei den Löhnen die Tabakarbeiter existieren können, scheint den Unternehmern gleichgültig zu sein. Geschlossen steht die Tabakarbeiterchaft auf den Standpunkt, nicht Abbau, sondern Aufbau. Nur dadurch kann die wirtschaftliche Not des werktätigen Volkes gehoben werden.

Bemgo. Am 25. März fand hier eine Mitgliederversammlung statt, worin Kollege Franke in etwa einjündiger Rede über die Gauförderung in Herford berichtete. Er wies auf die unverhältnismäßigen Lohnabbauforderungen des R. d. Z. hin und gab den Rat, sich bei Arbeitsannahme vorher genau zu erkundigen, ob die betreffende Firma auch den Tariflohn bezahle. Wenn nicht, brauche die Arbeit nicht angenommen werden und müßten wir dagegen einschreiten. In der darauf folgenden Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß bei der Arbeitsaufnahme sich der Betriebsrat energischer gegen den durch die Umstellung schon jetzt erfolgten Lohnabbau hätte wehren müssen. Wir müßten unsere Forderung auf menschenwürdige Löhne, wenn nicht anders möglich, durch Streik zu erzwingen suchen. Sodann wurde auf einen Lichtbildervortrag hingewiesen, welcher vom Gewerkschaftsartell am 28. März mit dem Thema: „Ursprung der Religion“ veranstaltet wird.

München. In unserer gut besuchten Jahresgeneralversammlung, die am 25. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, erhaltete Kollege Lehler den Kassen- und Tätigkeitsbericht für das Jahr 1930. Er gedachte zunächst der im vergangenen Jahre verstorbenen 7 Mitglieder, zu deren Ehrung sich die Versammlung von den Sitzen erhob. Der schriftlich ausliegende Kassenbericht wies für die Verbandskasse auf der Einnahmeseite den Betrag von 30 148,05 M auf, dem an Ausgaben 29 672,10 M gegenüberstanden, wovon dem Vorstandsvorstand 20 927,30 M überwiesen werden konnten. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen einschließlich des Kassenbestandes vom Jahre 1929 insgesamt 23 548,86 M, die Ausgaben beliefen sich auf 18 834,27 M, so daß am Schlusse des Geschäftsjahres ein Lokalkassenbestand von 4714,59 M aufzuweisen ist. Die Beitragsleistung ist mit 60 508 verkauten und 12 600 Erwerbslosenmarken gegenüber dem Vorjahre um 3986 Markten zurückgeblieben, eine Folge der umfangreichen Entlassungen durch Rationalisierungsmaßnahmen und Betriebsstillegungen. Der Erfolg der Werbetätigkeit unserer Funktionäre war durch die Möglichkeit der Verhältnisse stark beeinträchtigt; trotzdem konnten wir 302 neue Mitglieder dem Verbandsverbande zuführen, so daß wir am Schlusse des Jahres 1636 Mitglieder zählten, wovon allerdings 618 arbeitslos waren. Daß die Tabakarbeiter unter den Auswirkungen der katastrophalen Wirtschaftskrise zu leiden hatten, ist aus den Durchschnittszahlen der kurzarbeitenden und gänzlich arbeitslos gewordenen Mitglieder unserer Zahlstelle zu ersehen. Neben dieser Kritikerkennung wurde die Zigarettenarbeiterchaft schwer von den organisatorischen und mechanischen Umstellungen betroffen. Bei Haus Neuerburg ist infolge dieser Maßnahmen die Zahl der Beschäftigten innerhalb eines Jahres von 1434 auf 651, also um mehr als die Hälfte zurückgegangen. Dabei ist nun auch die Umstellung der Handpäckerei zur Maschinenpackung im Fortschreiten, auch werden vorhandene Maschinen durch solche mit höherer Tourenzahl und Leistung ersetzt. Diese Entwicklung, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist, wird in ihrem Tempo durch die sehr einschneidenden Steuermehrbelastungen be-

schleunigt. Auch in der Rauchtabakbranche verdrängt die Maschine immer mehr die Handarbeit. Der Geschäftsgang in der Zigarren-, Stumpen- und Virginierherstellung war durchschnittlich befriedigend. Die trotz unseres Widerspruches erfolgte Betriebsstillegung der Firma Wolf & Ruhland hatte ihren Grund in der Verlegung der Produktion der Stumpen nach dem Zweigbetrieb in Perlesreuth (bayr. Wald), um dort bei erheblich niedrigeren Löhnen und Lohndruck „konkurrieren“ zu können. Die Zahl der Arbeitslosen am Orte hat infolge der neuen Tabaksteuermaßnahmen zu Ende des Jahres eine für unsere Zahlstelle nie gekannte Höhe erreicht. War es uns auf Grund der schwierigen Verhältnisse auch nicht möglich, örtlich für die Zigarettenarbeiter eine allgemeine Erhöhung der Löhne durchzusetzen, so gelang es trotzdem, für einzelne Tarifgruppen Lohnverbesserungen zu erreichen. In der Zigarren- und Rauchtabakbranche wurden die Löhne in der in den Reichstarifverträgen vereinbarten Höhe durchgeführt. In einer Reihe von Fällen mußte durch Einschreiten der Organisation der Durchführung von tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen Nachdruck verliehen werden. Eine große Anzahl von Rechtschutzangelegenheiten wurde durch den Verband fast ausnahmslos mit Erfolg für unsere Mitglieder erledigt. Das Gebiet der Sozialversicherung, sowie der Vollzug der Sonderunterstützung gab der Zahlstellenleitung reichlich Anlaß, Differenzen mit den Behörden beizulegen. Zur Erledigung von Fragen unseres gewerkschaftlichen Aufgabengebietes war eine Reihe von Sitzungen und Versammlungen notwendig. Um unsere Mitarbeiter zu schulen, wurden diese zum regen Besuch der Kurse und Veranstaltungen des Arbeiter-Bildungs-Kartells München angehalten. Kollege Lehler dankte allen tätigen Kolleginnen und Kollegen für ihre rege Mitarbeit und ermahnte sie, in der weiteren Werbetätigkeit nicht zu erlahmen und sich nicht von den gehässigen Angriffen der rabiaten Gegner in ihrer Pionierarbeit beirren zu lassen. Die Kollegenschaft in der Zigarrenherstellung forderte er auf, alles daranzusetzen, um unsere Reihen zu stärken, damit dem Angriff der Fabrikanten mit Erfolg begegnet werden kann. Der umfassende Bericht wurde mit regem Beifall debattellos entgegengenommen und der Verwaltung einstimmige Entlastung erteilt. Die bisherige Ortsverwaltung wurde en bloc einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag des Kollegen Mann, in einer Mitgliederversammlung einen Referenten des deutschen Freidenkerverbandes sprechen zu lassen, wurde gegen wenige Stimmen aus Gründen der konfessionellen Neutralität abgelehnt. Kollege Rautschloß die Versammlung mit dem Appell, mit aller Kraft in die Werbearbeit einzutreten. Der Geselligkeit diente nach Schluß der Versammlung noch die Vorführung eines Kulturfilms und eines Lustspiels.

Bekanntmachungen

Am 4. April ist der 14. Wochenbeitrag fällig

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts:

Der Zigarrenarbeiter Hermann Pottshof in Enger.

Ausnahme-Angebot

Spotbillige Sumatra-Decke Oel-Gewächs

1. Länge Vollblatt mittel bis hell Pfund verzollt Mk. 2.75
2. Länge Vollblatt mittel bis hell Pfund verzollt Mk. 3.—

Prima Brand! Enorm decktählig

Feines Java-Umbliatt

1a Bezoeki, 3. Länge, Pfund verzollt Mk. 1.95
Sicher im Brand! Sehr blattig!
Versand unier Nachnahme gegen Berechnung des Portos. Ab 50 Pfund franko Lieferung nach jeoer Bahnstation Lieferung nur an angemeldete Verarbeiter. Betriebsnummer angeb.

Knoll & Co., Bremen

Postcheck Hannover 49 543

Gummiwaren

Hygien Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“

Berlin SW 68, Alie Jacobsstraße 8

Folgende Gelder sind eingegangen:

17. März. Hamburg 300.—
 21. Schöned 700.—, Deynhäusen 300.—, Hagen 200.—, Spenge 250.—, Blotho 300.—, Lobenstein 104.60, Nordhausen 800.—
 23. Delisch 100.—, Neudamm 100.—, Spradow 200.—, Heidelberg 1200.—
 24. Stiehn 250.—, Dresden 800.—, Dresden 3000.—, Kaiserslautern 250.—, Hannover 1000.—, Trier 500.—, Kalm 100.—, Langenbielau 100.—
 25. Löhne 100.—, Spener 7.—, Heilbronn 200.—, Frankfurt am Main 80.—, Guben 40.—, Uetersen 40.—, Heilbronn 500.—, Heidenheim 200.—, Bischofswerda 230.—
 26. Bergedorf 22.65, Minden 700.—, Rotibus 50.—, Steinbach-Hallenberg 1000.—
 28. Berlin 450.—, Blotho 250.—, Danzig 150.—
- Bremen, den 31. März 1931.
Joh. Krohn.



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruuffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Der Auferstandene

Von Dr. Gustav Hoffmann

Sie hatten ihn, so heißt es, gekreuzigt und begraben. Und damit hatten sie geglaubt, auch den Gedanken begraben zu haben, den er gekündet hatte. Zufrieden war die Welt der Pharisäer und Zöllner. Der Revolutionär war nicht mehr.

Sie wußten es nicht, daß es das Wesen des revolutionären Gedankens ist, aufzuerstehen. Zu vergehen, um immer neu da zu sein. Der revolutionäre Gedanke ist das Bewegende der Geschichte, und der revolutionäre Gedanke ist, oder die Geschichte ist nicht.

In den Jahrhunderten reckte er sich hier und dort. Wirtschaftlich, religiös, geistig. Und man trat das erwachende soziale Recht mit Gewalt nieder. Und man verbrannte den geistigen Empörer. Symbol! Gekreuzigt und begraben hatte man doch mit dem Leibe die Idee der Freiheit gleicher Menschen für immer.

Aber dann gingen die drei Tage der Weltgeschichte zu Ende. Diese drei Tage des weltgeschichtlichen Werdens, die wir Menschen des schnellen Vergehens 2000 Jahre zu nennen gewohnt sind. Und siehe da: die Erde dröhnte, die Welt wankte in ihren Felsen. Es schwankte der Ordnung des Lebens das Fundament. Ihr habt den Leib gekreuzigt, daß der Gedanke nur um so machtvoller ersteht aus dem Gefängnis des Grabes, in das ihr Kurzsichtigen ihn für alle Zeiten bannen zu können geglaubt habt.

Er ist auferstanden, der Geist der Liebe und der Freiheit, und neu leuchtet uns allen das Reich Gottes hier auf dieser Welt. Hört auf die Stimme des Auferstandenen, ihr Gequälten! Hört auf das Kampfwort seines Glaubens gegen Mammon, gegen Götzendienst. Hört auf das Göttliche, das da aus der Bewegung des Volkes zu euch spricht!

Hört ihr es nicht? Könnt ihr es immer noch nicht vernehmen? Versteht ihr denn immer noch nicht das heilige Wort?

Mitten unter uns allen ist er, der Auferstandene. In deinem Menschenbruder, der sucht und glaubt, erkennt und will. In

deiner Menschenschwester, die da in Verzweiflung über das Leben die Faust ballt. In deinen Kindern, denen das Leben dieses Innerliche, Keine, Herzliche, Göttliche so oft nimmt, daß aus der verzerrten Seele heraus einst dann der Empörer wird, der Auferstandene, seine geknechtete Liebe zu retten zur Freiheit.

Du siehst nur Hohes? Du siehst nur Rot und Kampf? Du siehst nur Ringen um den Pfennig und nur Sorge um das Brot?

Der Auferstandene ist in allen! Höre auf die Seele, die da in freiewollenden Menschen nach Lohn und nach Brot verlangt! Höre auf den heiligen Gerechtigkeitsgedanken, der sich da in diesem so nüchtern erscheinenden Existenzverlangen erzwingt! Höre auf die glaubende Liebe, die da bebt: es muß durch kämpferische Gestaltung einmal werden alles edel, groß und schön! Lausche auf das tiefe, tiefe Sehnen nach dem Erdenreiche Gottes, an das sie alle glauben.

Niemand kann dem Menschen dienen und auch Gott. Wo die Not ist, leidet das Heiligste deiner selbst. Das Göttliche in dir wird zerrissen, wenn du um das Aller selbstverständlichste des Alltags sorgst und ringst. Stehe doch endlich in Ehrfurcht vor diesem Göttlichen, daß du es nicht mehr durch Mammonswirtschaft entweiht sein lassen magst!

Du hast ein Recht auf das Leben, ein Recht auf deine Freiheit, ein Recht auf das Göttliche in dir selbst! Laß es dir nicht zermalmt werden von der Brutalität einer ungöttlichen Wirtschaft!

Sei Prophet! Weise deinen Schwestern und Brüdern das Große, das da jetzt endlich kommt!

Sei Kämpfer! Vertreibe sie aus dem Tempel der Menschheit, diese Wechslers und Krämer!

Sei Weltgestalter! Nur wer „verkauft, was er hat“, wie er es einstmal gekündet, ist frei von Gelüsten des Nutzens und der Gier. Nur die Wirtschaftsordnung der Gemeinschaft kann die Wirtschaftsordnung der Göttlichkeit sein.

Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung

Rose Köster

Erzählung von Anna Mosegaard

IV (Schluß)

Rose Schwarz, geborene Köster, stand vor ihren Richtern. Sie leugnete die Tat nicht. Offen gab sie zu, die Waffe erhoben zu haben, mit dem Vorsatz, Fink zu töten.

Aus Haß also. Ein Racheakt nach dem Buchstaben des Gesetzes. Einzig ihre Unbescholtenheit bewahrte sie vor schwererer Strafe.

Mit fünf Jahren Zuchthaus kam sie davon.

Fünf Jahre ihrer Blüte waren aus ihrem Leben gestrichen.

Rastlos nähte sie Duzende von Helmbezügen.

Schon nach einem Jahre hatte sie es durch ihre gute Führung soweit gebracht, daß man sie in der Küche einstellte.

Noch nie hatte sie den Wunsch geäußert; Besuch empfangen zu dürfen. Wiewohl sie sich in den langen Nächten, wenn sie sich schlaflos auf der Britische wälzte, vor Sehnsucht nach Berthold und dem Kinde verzehrte, die Ihnen sollten sie nicht in Zuchthauskleidern sehen. Sie würde sich totschämen, wenn der Knabe sich einst erinnern würde, daß er die Mutter im Zuchthaus gesehen. Nicht einmal Maria ließ sie vor.

In der Schmiede ging alles seinen alten Gang.

Schneller als man geglaubt, hatte Maria alles vergessen. Zwar ging sie sehr oft nach dem kleinen Dorfkirchhof, wo Hannes Fink begraben lag, doch hatte dieser Gang nichts Trauriges an sich. Ein Feiertag war's vielmehr. Immer begleitete sie der Schwiegersohn, in der Mitte schritt der kleine Berthold, der nun schon die ersten Hosen trug. Er wußte es nicht anders, als daß er bei Vater und Mutter war. Berthold hatte die Schmiebe übernommen und das Geschäft auf die Höhe gebracht. Ein fleißiger, umsichtiger Mann war er.

Selten aber sah man ihn lachen. Es fraß etwas an seinem Herzen. Die Schmach, die sein Weib ihm anscheinend angetan, konnte er nicht überwinden. Die Trauer um sein zerstörtes Glück hatte ihn alt gemacht vor der Zeit.

Maria aber sorgte dafür, daß wieder Lachen und Leben in die Schmiede kam. Ihr heiter-sanftes Wesen heilte Bertholds Wunden. Er brauchte gar nötig eine milde Hand, die ihn die Sorgenfalten von der Stirne strich.

*

„Noch zwei Monate und ich bin wieder bei euch“, schrieb Rose in ihrem letzten Brief. „Ihr glaubt gar nicht, wie das ist, so denken zu können. Nur noch zwei Monate. Grüßt mir den Bubensvieltausendmal!“

Rose zählte die Tage, die Stunden bis zu ihrer Entlassung. Wie eine Trunkene taumelte sie einher. Die Sehnsucht nach Berthold hatte sie krank gemacht. Fiebernd saß sie auf der

Gemeinsam für die Abrüstung!

Als der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB.) im Jahre 1922 auf dem Kongress in Rom sein Antikriegs-Komitee gründete, war es ihm vor allem darum zu tun, die praktischen Mittel der Gewerkschaften im direkten Kampfe gegen neue Kriege zu ergründen. Diese Arbeit konnte der Sache nach selbstverständlich nicht mit großer Publizität gepaart gehen. Im Zusammenhang mit schriftlichen Mitteilungen der Landeszentralen und der hauptsächlich in Frage kommenden Internationalen Berufssekretariate wurden verschiedene Pläne betr. die bei einem Kriegsausbruch in Frage kommenden Maßnahmen geprüft, wobei besonders Vorschläge der Bergarbeiter-Internationale im Vordergrund der Besprechungen standen. „Vorschläge über die Behandlung der unterbreiteten Pläne“, so hieß es in einem im Jahre 1926 vom Antikriegs-Komitee angenommenen Beschlusse, „wurden im Hinblick auf die schwierige Materie vorläufig noch hinausgeschoben.“ Im gleichen Jahre nahmen dann nach Fassung endgültiger Beschlüsse die Arbeiten des Antikriegs-Komitees einen vorläufigen Abschluß.

Nebenher ging jedoch während all der Jahre eine intensive Propaganda gegen Krieg und Militarismus im allgemeinen und zugunsten einer Beschleunigung der Arbeiten innerhalb der Abrüstungskommission des Völkerbundes im besonderen. Noch im Jahre 1922 tagte in diesem Zusammenhang die Friedenskonferenz des IGB. in Haag, auf der besonders die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit allen ernsthaften Kriegsgegnern und ihren Organisationen geprüft wurde. Als rein gewerkschaftliche Aktion fand dann im Jahre 1924 der auf breiter Basis in allen Ländern organisierte Anti-Kriegs-Tag des IGB. statt.

Was die Arbeiten innerhalb des Völkerbundes betrifft, so machte sich immer mehr die Tendenz bemerkbar, die ernsthafte Abrüstungsarbeit, die zu einer der effektiven Abrüstung dienenden Internationalen Abrüstungskonferenz führen sollte, auf Kosten mehr oder weniger platonischer Antikriegsbekanntnisse politischen Charakters (Kelloggpaakt usw.) in den Hintergrund zu schieben. Immer und immer wieder wurde die allgemeine Abrüstungskonferenz vertagt und die Arbeiten der Vorbereitenden Kommission eingeeengt. Solange Jouhaux als Vertreter Frankreichs in der letztgenannten Kommission saß, war unmittelbarer Kontakt und entsprechende Stellungnahme gesichert. Als jedoch Jouhaux austrat, wurde der direkte Druck der internationalen Organisationen der Arbeiterklasse von immer größerer Wichtigkeit.

Daß ein solcher Druck sowie die ganze Propagandaarbeit für die Abrüstung und gegen den Krieg im allgemeinen eine gemeinsame Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Internationalen ist, liegt auf der Hand. Diese gemeinsame Aktion wurde auch all die Jahre hindurch gemeinsam verfolgt. So hielten die Exekutiven des IGB. und der SAJ. im April 1927, als die Kriegshetze Italiens im Balkan zu den größten Spannungen führten, in Paris eine Sitzung ab, die sich mit den akuten Kriegsgefahren (u. a. auch in China) eingehend befaßte und sich energisch für die baldige Abhaltung der Abrüstungskonferenz einsetzte. Im März 1929 befaßte sich der Vorstand des IGB.

neuerdings mit der Frage der allgemeinen Abrüstungskonferenz, wobei die Sekretariate der SAJ. und des IGB. beauftragt wurden, „miteinander in Fühlung zu bleiben und im Bedarfsfalle eine gemeinsame Aussprache herbeizuführen, zu der auch weitere Mitglieder der beiden Vorstände hinzugezogen werden können.“

Die ursprünglich für das Jahr 1929 vorgesehene allgemeine Abrüstungskonferenz wurde inzwischen wieder verschoben, wodurch neue Anstrengungen seitens der Arbeiterklasse nötig wurden. Vor und nach dem Stockholmer Kongress des IGB. (der die ganze Frage der Abrüstung und Antikriegsaktion eingehend behandelte) bestand zwischen den beiden Internationalen der engste Kontakt. Da inzwischen die Abhaltung der allgemeinen Abrüstungskonferenz definitiv beschlossen wurde, ist der Augenblick für eine direkte Zusammenarbeit zwischen dem IGB. und der im Jahre 1926 von der SAJ. eingesetzten Kommission zum Studium des Standes der Abrüstungsfrage innerhalb des Völkerbundes gekommen. Am 26. Januar 1931 beschloß der Vorstand des IGB., gemeinsam mit der SAJ. eine kräftige Aktion zur Beeinflussung der Beschlüsse der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes zu führen.

Um diese Aktion möglichst zu beschleunigen, sind sofort nachher von beiden Internationalen Delegierte für eine Besprechung bezeichnet worden. Diese Delegierten, d. h. Schevenels (Generalsekretär des IGB.) und Vizevorsitzender Jouhaux von Seiten der Gewerkschafts-Internationale und Sekretär Adler sowie Albarda von der SAJ., hielten nun am 27. Februar in Paris eine Sitzung ab, die die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission der beiden Internationalen ins Auge faßte. Diese Kommission, die im April in Brüssel zusammentreten soll, soll im Hinblick auf die allgemeine Abrüstungskonferenz ein Aktionsprogramm ausarbeiten.

Damit ist ein einheitliches und auf breiter Basis gegründetes Vorgehen der beiden Internationalen in der Frage der Abrüstung gegenüber der endlich anberaumten Abrüstungskonferenz gesichert. SAJ. und IGB. — und damit die Millionen der organisierten Arbeiterschaft — werden darauf drängen, daß auf dieser Konferenz die von allen großen Ländern ausgesprochene „Verbannung des Krieges“ zu entsprechenden praktischen Maßnahmen führt. Die Welt wird erfahren, inwieweit es diesen Ländern mit der „Beschaffung des Krieges“, die bei einer ernsthaften Behandlung dieses Problems nur in einer fortschreitenden Abrüstung ihren Ausdruck finden kann, wirklich ernst ist!

Die Frauen in den Gewerkschaften

Die „Gewerkschafts-Zeitung“, das Wochenorgan des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.), veröffentlicht eine eingehende Studie über den Stand der gewerkschaftlichen Erfassung der Frauen im Jahre 1929. Es geht daraus hervor, daß in den letzten Jahren ein sichtlich relativer (die Organisationen der Berufe mit wenig Frauenarbeit sind stärker gewachsen) Rückgang der weiblichen Mitgliedschaft festzustellen ist: 1924 = 19 Prozent; 1925 = 17,2 Prozent; 1926 = 16 Prozent; 1927 = 15,4 Prozent; 1928 = 15,2 Prozent; 1929 = 14,5 Prozent. Im Jahre 1929 war jedoch der Rückgang auch ein absoluter: die Gesamtmitgliedschaft des ADGB. ist um über 80 000 gewachsen,

Britische und starrte nach dem winzigen Fenster, hinter dem die Freiheit winkte. Ein einziger Stern irrlichterte am dunklen Nachthimmel.

Dampf verhallte der monotone Schritt des Wächters. Irrendwo heulte ein Hund. In der Nachbarzelle mütete die schwarze Baronin, die Gattenmörderin!

Rose lachte bitter auf.

War sie denn etwas Besseres? Auch sie hatte gemordet! Gemordet — weil sie nicht anders gekonnt hatte.

Sie mußte ja — um Berthold zu retten.

Berthold! —

Heiß rannen die Tränen über Rosens Wangen.

Die Schwarze drüben kreischte jetzt wie ein wildes Tier.

Die Schlüssel rasselten. Der Wärter kam. Wüster Lärm erscholl. Dann wurde es still. Totenstill.

Gegen Morgen erst verfiel Rose in Schlummer.

Da pochte es hart an die Zellentür.

Der Wärter schob die Morgensuppe durchs Fenster.

Gegen 10 Uhr, als Rose beim Kartoffelschälen angestellt war, wurde sie abgerufen.

Im Amtszimmer las man ihr ein Schriftstück vor: Rose Schwarz, geborene Köster, ist mit dem heutigen Tage auf Grund guter Führung aus dem Zuchthaus entlassen. Darunter Datum und Amtssiegel.

Mit zitternder Hand unterschrieb sie.

Dann brach sie schluchzend in die Knie. Nun sie frei war, konnte sie es nicht fassen. Heute schon sollte sie Berthold wiedersehen! Heute den Buben küssen! Heute! Heute!

Ja, war denn das alles kein Traum? Heute der Mutter den großen Schmerz abbitten, den sie ihr zugefügt! Wunden heilen, die sie geschlagen.

Eine Stunde später stand Rose frank und frei vor den Toren des Zuchthauses. In einem kleinen Leinenbeutel trug sie das ersparte Geld. Der Verdienst fünf langer Jahre.

*

Sager und bleich war Rose geworden. Die Kleider schlotterten ihr am Leibe. Sie rochen modrig.

Rose zog das Kopftuch tiefer in die Stirn, strich das Haar sorgfältig glatt, dann überschritt sie hastend die Straßen der lärmenden Stadt. Ein Geschenk für den Buben wollte sie kaufen. In einem Warenhaufe fand sie etwas Passendes. Ein kleines Pferd mit Fell und rotem Sattelzeug. Vier Mark zwanzig kostete es. Das war zwar teuer, doch der Bub würde sich freuen.

Grüßend sandte die Herbstsonne ihre letzten Strahlen, goldig leuchteten sie durch die Baumkronen und Aeste; das rotbunte Laub tauchten sie in ein brennendes Feuer. Rot glühten die Hagebutten am Dornenbusch.

Wie lange war es her, daß sie hier durch den Wald gegangen! Sie blieb stehen und atmete tief und lang. Vergluff! Heimatluft! Nun schritt sie tapfer aus. Dem Glück entgegen.

wobei die Zahl der weiblichen Mitglieder um über 20 000 gesunken ist. Von den 7 Verbänden, in denen die Frauen, sei es die Mehrheit (Tabakarbeiter, Buchbinder, graphische Hilfsarbeiter, Sutarbeiter, Textilarbeiter), sei es nahezu die Hälfte der Mitglieder bilden (Bekleidungsarbeiter, Schuhmacher), haben nur drei (Tabakarbeiter, Buchbinder, Schuhmacher) die ihnen eigene günstige Entwicklung der letzten Jahre fortgesetzt.

Frägt man nach den Ursachen dieser Entwicklung, so kann festgestellt werden, daß, abgesehen von den durch technische Umstellungen bedingten Schwankungen in der Beschäftigung von Arbeiterinnen (wobei vermehrte und verminderte Frauenarbeit in Betracht kommen), alle Krisen auf dem Arbeitsmarkt stärker auf die weibliche Mitgliedschaft drücken. Alle Aktionen der Unternehmer, wie überhaupt alle Bedrängnisse der Arbeiterschaft, wirken sich viel nachhaltiger im weiblichen als im männlichen Mitgliederstand aus, weil die Frauen viel stärker die Bindungen zur Gewerkschaft von Augenblickserfolgen abhängig machen als die Männer.

Die „Gewerkschaftszeitung“ zieht nach zahlreichen Feststellungen für einzelne Berufe, die beim jetzigen Stand der Statistik auf diesem Gebiete noch kein genaues Bild der Ursachen und Wirkungen geben können, nachstehende Schlußfolgerung:

Mögen die Verhältnisse in verschiedenen Verbänden sich stark voneinander unterscheiden, das eine scheint für alle Verbände zu gelten: Die Frauen nehmen, rein zahlenmäßig betrachtet, in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft nicht die Stellung ein, die ihrem Anteil an der Lohnarbeit entspricht. Und vor allem, selbst soweit sie organisiert sind, nehmen sie bei weitem nicht ihrer zahlenmäßigen Stärke in der Verbandsmitgliedschaft entsprechend an dem Innenleben der Gewerkschaften teil. Die Verbände sind jedoch in den letzten Jahren immer mehr bestrebt, dem abzuhelfen, d. h. die weiblichen Mitglieder gewerkschaftlich zu schulen und sie zu einer aktiven Teilnahme an der Bewegung, insbesondere zur Ausübung von Ehrenämtern, heranzuziehen.

Propaganda unter den Frauen

Der Generalkrat des Britischen Gewerkschaftsbundes (T.U.C.) hat sich in den letzten Jahren insbesondere auch mit der gewerkschaftlichen Propaganda unter den Frauen befaßt. Nach intensiver örtlicher Arbeit und der Abhaltung verschiedener Distriktskonferenzen fand kürzlich eine von 58 Delegierten besuchte Jahresversammlung von Vertretern von Organisationen mit weiblichen Mitgliedern statt. Bei dieser Gelegenheit wurde die Notwendigkeit einer ununterbrochenen Propagandaarbeit während des ganzen Jahres unterstrichen und die Möglichkeit in Erwägung gezogen, das Interesse der Frauen durch die vermehrte Uebertragung verantwortlicher Arbeit zu steigern. Dieser wichtige Beschluß soll natürlich nicht bedeuten, daß es ein unabhängiges Recht der Frauen ist, spezielle Vertretungen zu haben, weil es sich dabei um Frauen handelt, sondern es soll dadurch erreicht werden, daß die Frauen einen aktiveren Anteil an der ganzen Gewerkschaftsarbeit nehmen und so — nicht als Frauen, sondern

Wie Berthold wohl überrascht sein würde, wenn sie plötzlich vor ihm stand! Wehmütig lächelnd sah sie an sich herab. Wie mager sie war! Ja, ja — fünf Jahre!

Da fiel ihr ein, daß ja auch Berthold älter geworden war. Und die Mutter! Nah an die Fünfzig war sie nun. Graues Haar hatte sie gewiß bekommen von Gram und Sorge und harter Arbeit.

Es war doch gut, daß sie nun kam und ihr die Lasten im Haushalt abnahm. Jetzt sollte sie ausruhen, die Gute.

Fester drückte Rose das Pferdchen in ihren Arm. Ihr lieber Jung, lieber Jung! Wie der wohl ausschaut! — Ob er dem Vater gleich?

Schon senkten sich die Schatten der Dämmerung hernieder auf Busch und Strauch, da stieg Rose den Berg hinab. Das Herz klopfte ihr zum Zerspringen. Vor ihren Blicken lag die Schmiede im stillen Frieden.

Sie mußte erst kurze Raft machen. Die Freude des Wiedersehens hatte sie überwältigt. Ungesehen trat sie ins Gärtchen. Da war alles noch wie einst. Auf der Bank in der Fliederlaube ließ sie sich nieder.

Mit einem Gefühl des Glücks der inneren Zufriedenheit lehnte Rose sich zurück, drückte den Kopf in die grünen Blätter. Zu Hause war sie. Wie schön das war! Und alles war nun gut.

Drinne in der Stube zündeten sie jetzt ein Licht an. Die Mutter war es. Herrgott — war die jung geworden! Sie sah

als Gewerkschaftsfunktionäre — ihren Platz bei den Bestrebungen auf geschäftlichem Gebiet, bei der Verwaltung der Gewerkschaften usw. einnehmen.

Die Konferenz sprach sich in diesem Sinne für die Bildung kleiner Frauenkomitees in jeder gewerkschaftlichen Ortsgruppe mit einer angemessenen Zahl weiblicher Mitglieder aus. Diese Komitees sollen insbesondere Vorschläge zur gewerkschaftlichen Erfassung der Frauen ausarbeiten. Daneben sollen im Rahmen der örtlichen Gewerkschaftsartelle zentrale Organisationskomitees für Frauen gegründet werden. In diesen Komitees sollen außer den Gewerkschaftskartellen auch die Frauenabteilung der Arbeiterpartei, die Genossenschaftliche Frauenliga usw. vertreten sein. Endlich wurde ein neues Nationales Beratendes Komitee für die Organisation der Frauen gegründet, dem auch die 5 Mitglieder der Arbeiterinnenabteilung des Generalrates des Gewerkschaftsbundes angehören.

Die obenerwähnte Jahreskonferenz behandelte auch zahlreiche Vorschläge von angeschlossenen Organisationen und sprach sich auf Grund dieser Anregungen u. a. für folgende Maßnahmen aus: Bei den Mafseiern sollen zur Stärkung der Kampagne unter den Unorganisierten auch weibliche Redner herangezogen werden. Es sollen Besuche bei den gewerkschaftlichen Einrichtungen der Ortsgruppen veranstaltet und so die Mitglieder veranlaßt werden, ihre Kinder und Verwandten den Gewerkschaften zuzuführen. Der Nationalrat soll eingeladen werden, eine bis zwei Fragen, an denen die Frauen interessiert sind, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Gewerkschaften sollen ersucht werden, Anstrengungen zur Organisation von Frauen besonders auch im Hinblick auf jene Bestrebungen zu unternehmen, die darauf gerichtet sind, männliche Arbeiter durch Arbeiterinnen zu ersetzen und so auf die Löhne zu drücken. Endlich soll eine besondere Propagandakampagne unter den Hausangestellten unternommen werden.

Spart für die Sommerreise!

Die gegenwärtige Wirtschaftsnot zwingt viele Menschen entweder auf ihre Urlaubsreise ganz zu verzichten oder die Ausgaben dafür auf das äußerste einzuschränken. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit bietet die Möglichkeit, das Geld für die Urlaubsreise, die gerade für den Werttätigen besonders notwendig ist, durch geringe Monatsraten zusammenzubringen. Eine Anzahl schöner Reisen führen nach Tirol, in das herrliche Unterinntal und nach Innsbruck. Diese Reisen kosten bei 14tägiger Dauer (je nachdem, wann man anfängt zu sparen) 100 bis 112 Mark. Eine gleich billige Gelegenheit, um eine schöne und interessante Reise im Kreise gleichgesinnter Genossen zu unternehmen, wird es kaum noch geben. Je früher man sich anmeldet, um so billiger ist die Reise und um so sicherer auch die Zulassung.

Wir wissen, daß die Wirtschaftslage viele Menschen zur Zurückhaltung zwingt. Der Reichsausschuß nimmt als sozialistische Organisation selbstverständlich Rücksicht auf die Teilnehmer, wenn sie infolge plötzlich eintretender Arbeitslosigkeit oder aus anderen zwingenden Gründen verhindert sein sollten, an der Reise, zu der sie sich angemeldet haben, teilzunehmen. Der Prospekt ist gegen Zahlung von 35 Pf. bei allen Arbeiterbuchhandlungen, in den meisten Partei- und Gewerkschaftssekretariaten oder direkt beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, erhältlich.

wahrhaftig nicht aus wie eine tiefgebeugte Witwe. Kein graues Haar hatte sie bekommen. Recht glücklich sah sie drein. Ach ja, die Zeit löst manches Leid. Nun sah sie auch Berthold. Der stand am Tisch und stopfte sich die lange Pfeife. Ein verklärter Ernst lag auf seinem Gesicht. Jetzt kam auch der Bube angehüpft. Er brachte dem Vater den Tabaksbeutel. Ihr Bub! Wie froh er den Vater ansah.

Nun trat Berthold zur Mutter, legte ihr die Hand um die Hüfte. Einen Moment nur brannten ihre Augen ineinander. Aber dieser eine Blick ließ Rose jäh erbleichen. Unerwartet stierte sie nach den hellen Fenstern. Alles Blut war aus ihrem Antlitz gewichen. Jetzt trug der Kleine den Tabak fort — und Berthold zog Maria an sich und küßte sie!

Ein Schwindel hatte Rose erfaßt. Wie war das möglich! Das Unfassbare! —

Ach, es war ja eigentlich ganz natürlich! „Nah uns die Fensterläden anlegen,“ sagte Maria. Das konnte Rose ihr vom Munde ablesen.

Berthold schickte sich an, hinauszugehen. Da stürzte Rose davon. Was hatte sie hier verloren? — Was wollte sie hier? Es vermählte sie ja niemand! Wem fehlte sie denn? — Keinem! Nicht einmal dem Buben!

Am nächsten Morgen fanden Waldarbeiter am Fuße der Geisklippe eine zerschmetterte Leiche. Ein Weib war's. Die rechte Hand umklammerte ein Fellsperdchen mit rotem Sattelzeug.

Vom gescheiterten Zollfrieden zur Zollunion

Der zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossene, eine Zollunion vorsehende Vertrag, hat in der ganzen Welt ungeheure Aufregung hervorgerufen. Von den beiden genannten Staaten wurde ein Weg beschritten, der bisher zwar von vielen empfohlen worden war, vor dessen Konsequenzen aber die praktische Politik zurückschreckte. Der Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich kann eine Keimstelle zur Befreiung Europas von den Fesseln des Hochprotektionismus werden. Ueber die Art und Weise, wie der Vertrag abgeschlossen wurde, läßt sich streiten. Er ist zustande gekommen ohne vorherige Verständigung mit Frankreich, England und den übrigen Ländern und ohne eine vorherige Einigung mit den heimischen Parlamenten. Doch wir wollen uns nicht über die Art und Weise des Vertragsabschlusses unterhalten, sondern über die Frage an sich.

Allgemein ist die Ueberzeugung, daß eine der wichtigsten Ursachen der Weltwirtschaftskrise und Wirtschaftsnot der Hochprotektionismus ist. Nach dem Grundprinzip wirtschaftlicher Tätigkeit hat man vom Konsum auszugehen. Zwecks billiger Versorgung der Konsumenten mit den Waren sollen diese da produziert werden, wo die günstigsten Standortverhältnisse sind. Doch die nationalistiche Wirtschaftspolitik hat immer wieder gegen dies Grundprinzip verstoßen. Infolge hoher Zölle ist den für die Erzeugung bevorzugten Ländern der Export bestimmter Waren erschwert, ja teilweise unmöglich gemacht worden. Infolgedessen sind alle Länder gezwungen worden, ihre Produktion auf weniger rentable Zweige auszubehnen. Die Agrarstaaten gingen zur Industrieproduktion über, die Industriestaaten bauten ihre Agrarproduktion aus, mit dem Ergebnis, daß die Waren immer weiter verteuert wurden, die Konsumenten nicht mehr kaufen konnten.

Besonders seit der Weltwirtschaftskonferenz im Jahre 1927 heißt es immer wieder: Wir müssen uns freimachen von diesen Fesseln des Hochprotektionismus, wir müssen die Geister der Hochschutzzollpolitik loswerden. Man versuchte zunächst auf umfassender internationaler Basis einen Zollabbau, doch dieser Versuch scheiterte, da die überseeischen Länder hieran viel zu wenig interessiert sind, ihre eigene Schutzzollpolitik noch nicht als Hemmnis empfinden. So konzentrierte man ab 1929 diese Zollabbaubemühungen auf Europa. Zu Anfang 1930 wurde eine Zollfriedenskonferenz einberufen, die zu einer Verpflichtung, die Zölle nicht mehr zu erhöhen, und zu einem Programm des allmählichen Zollabbaues führen sollte. Doch diese Bemühungen blieben erfolglos. Der Mitte März 1931 zum letzten Male unternommene Versuch, die einzelnen Beschlüsse in Kraft treten zu lassen, scheiterte kläglich, der Holländer Colijn als Vorsitzender der drei stattgefundenen Zollfriedenskonferenzen mußte erklären, daß alle Bemühungen restlos gescheitert seien. Als Ursache sind vor allem zwei Momente anzuführen. Erstens ist auch ein europäischer Kreis ein viel zu großer Komplex, um zu einem solchen Abkommen zu gelangen. Zweitens können hier nicht allmählich zu ergreifende Maßnahmen helfen, sondern nur radikale. Diese radikale Maßnahme heißt: Zollunion. Eine Zollunion befugt, daß im Verkehr zwischen den eine Zollunion abschließenden Staaten die Zollgrenzen beseitigt werden und somit innerhalb dieses neu geschaffenen einheitlichen Gebietes eine bessere Arbeitsteilung vorgenommen, die Produktion verbilligt wird.

Der Abschluß einer solchen ist selbstverständlich ein sehr radikaler Schritt. Wenn auch theoretische Erwägungen und praktische Erfahrungen zeigen, daß eine Zollunion eine Verbilligung der Produktion und somit eine Belebung der Wirtschaft zur Folge hat, so wird doch zunächst manche unrentabel arbeitende Fabrik eingehen, eine gewisse Umstellung und Neuorganisation der Wirtschaft stattfinden müssen. Wegen dieser weitgehenden wirtschaftlichen und vor allem auch wegen der politischen Konsequenzen magt sich die offizielle Politik nur schwer an derartige Maßnahmen heran. Eine Zollunion wurde zum ersten Male in Deutschland im Rahmen der Zollfriedensverhandlungen vorgeschlagen und in etwas vorsichtigerer Form von dem österreichischen Minister Dr. Schober, der auf der Völkerbundversammlung 1930 den Abschluß regionaler Abkommen vorschlug, um so Europa von unten herauf zu organisieren.

Will man langsam aber sicher zu einer europäischen Zollunion gelangen, so wäre der gegebene Weg natürlich über eine deutsch-französische Einigung als erster Schritt. In einer Zollunion dieser beiden Staaten stehen sich zwei gleich starke Wirtschaftskörper gegenüber, würde ein in sich geschlossener großer Markt entstehen, dem sich anzuschließen im Interesse aller anderen Länder liegen müßte. Untersuchungen haben ergeben, daß

eine deutsch-französische Zollunion möglich ist, nur geringe Opfer verlangt, die aber durch den Gewinn vollkommen aufgehoben werden. Doch Frankreich ist zurzeit zum Abschluß einer Zollunion mit Deutschland noch nicht bereit.

Das Problem der Zollunion rückt wieder in den Vordergrund, als die Agrarstaaten Südosteuropas von den Industriestaaten Mitteleuropas eine Vorzugsbehandlung für ihre Agrarerzeugnisse verlangten. Der beste Weg wäre eine Zollunion zwischen den mitteleuropäischen Industriestaaten und den südosteuropäischen Agrarstaaten, d. h. eine Zollunion von Kiel bis Sofia. Doch die Südoststaaten sind zu einem solchen umfassenden Abkommen noch nicht bereit, so daß die Verhandlungen zunächst auf anderer Basis gepflogen werden.

Während nun in Wien die Südoststaaten mit den mitteleuropäischen Industriestaaten über neue Handelsverträge verhandeln, während in Paris die Vertreter der europäischen Staaten zusammenkommen, um über die Organisation und die Aufgaben des beim Völkerbund gebildeten Europa-Ausschusses zu beraten, handelten Deutschland und Oesterreich durch Abschluß einer Zollunion. Es war ein gewagter Schritt. Nicht so sehr aus wirtschaftlichen Gründen, denn seit Jahren sind sich die Wirtschaftskreise der beiden Länder darüber im klaren, daß eine Zollunion für beide Seiten ein großer Gewinn ist. Wohl aber war dieser Schritt aus politischen Gründen ein Wagnis, was durch die außenpolitischen Folgen bestätigt wird. Es ist nämlich Oesterreich durch den Friedensvertrag und durch die Genfer Beschlüsse von 1922 jede Maßnahme untersagt, die zur Einschränkung seiner Unabhängigkeit führen könnte. Um mit diesen Bestimmungen nicht in Konflikt zu geraten, ist der Zollunionsvertrag so gehalten worden, daß beide Staaten ihre Unabhängigkeit behalten, daß jeder in seiner Handels-, Zoll- und Wirtschaftspolitik souverän ist, wobei aber darauf geachtet werden soll, daß die von den Parlamenten der beiden Staaten getroffenen Zoll- und handelspolitischen Maßnahmen sich decken. Im Verkehr zwischen den beiden Staaten sollen mit Ausnahmen von einigen für kurze Zeit gedachten Zwischenzöllen alle Zölle fallen. Es handelt sich also um eine Zollunion, die Eingriffe in die Souveränität der einzelnen Staaten verhindert.

Die Proteste der europäischen Staaten gegen den Vertrag sind natürlich nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Doch haben beide Staaten offen und ehrlich erklärt, daß sie diese deutsch-österreichische Zollunion als Einleitung einer allgemeinen europäischen Zollunion auffassen, daß jeder Staat unter gleichen Voraussetzungen diesem Vertrag beitreten kann. Oesterreich hat denn ja auch auf den Protest der Tschechoslowakei mit der Einladung zum Beitritt geantwortet. Ob einzelne Staaten dieser Einladung Folge leisten werden, ist eine offene Frage. Ein Verstoß gegen die Genfer Vereinbarungen besteht nicht. Der Stein ist auf jeden Fall ins Rollen gekommen, die Frage der europäischen Zollunion, vor kurzem noch als Phantasiaprodukt abgestan, ist in den Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses gerückt. Durch die deutsch-österreichische Zollunion ist die europäische Zollunion eingeleitet worden. Das ist der tiefere Sinn, die große historische Bedeutung dieses Vertrages.

Diese Forderung der europäischen Zollunion ist eine allgemein wirtschaftspolitische, denn sie bezweckt die günstigere Organisation und Verbilligung der Produktion. Deswegen haben sich auch die Gewerkschaften weitgehend diese Forderung zu eigen gemacht, hat der Internationale Gewerkschaftsbund auf seinem vorjährigen Kongreß ausdrücklich die Abschaffung der europäischen Zollmauern verlangt. Deswegen ist auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt dieser neue Weg deutscher und europäischer Handelspolitik zu begrüßen. Bei der Verschiedenheit der Struktur der beiden Länder müssen wir uns darüber klar sein, daß noch allerhand Schwierigkeiten überwunden werden müssen. Dennoch wollen wir uns ehrlich bemühen, an der Zusammenarbeit der beiden europäischen Völker deutscher Zunge mitzuwirken. Es soll dies in der Absicht geschehen, den Weg zu ebnen für eine endgültige Befriedigung der europäischen Völker.

**Kolleginnen und Kollegen
werbt unermüdet für den Verband!**